

Ä49 BTW Programmentwurf

Antragsteller*in: Jutta Paulus (KV Neustadt-Weinstraße)

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 202 bis 214:

Damit Klimaschutz sozial gerecht ist, wollen wir die Einnahmen aus dem CO2-Preis direkt an die Bürger*innen zurückgeben. ~~Dazu streben wir neben der Senkung der EEG-Umlage ein Energiegeld an, das jede*r Bürger*in erhält. Über das Energiegeld geben wir alle zusätzlichen CO2-Einnahmen an die Menschen zurück, und zwar fair aufgeteilt pro Kopf. So kann man mit Klimaschutz-Geld verdienen und es findet ein sozialer Ausgleich im System statt. Unterm Strich werden so Geringverdiener*innen und Familien entlastet und vor allem Menschen mit hohem Einkommen belastet. Bezieher*innen von Transferleistungen wie Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe profitieren ebenfalls, da das Energiegeld nicht auf die Grundsicherung angerechnet werden soll. Um zum Beispiel Pendler*innen mit niedrigem Einkommen bei der Anpassung zu unterstützen, legen wir einen Fonds für Transformationszuschüsse auf, der mit großzügigen Hilfen unterstützt, etwa beim Umstieg auf ein emissionsfreies Auto. Eine faire Verteilung pro Kopf ist sozial gerecht, mit geringem Verwaltungsaufwand möglich und bietet einen Anreiz für klimafreundliche Alternativen. Unterm Strich werden so Geringverdiener*innen und Familien entlastet und vor allem Menschen mit hohem Einkommen belastet. Bezieher*innen von Transferleistungen wie Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe profitieren ebenfalls, da das Energiegeld nicht auf die Grundsicherung angerechnet werden soll.~~

Begründung

EEG-Umlage aus Steuergeld gegenzufinanzieren ist mE hochgefährlich. Vollständige Rückgabe CO2-Abgabe per Energiegeld schafft enorme Akzeptanz.

Förderung für bspw Pendler*innen ist wichtig und richtig, sollte aber aus anderen Töpfen kommen, Einnahmen Emissionshandel oder so. Und schon gar nicht emissionsfreies Auto als erstes nennen!